Nacht-Telegramme. Nacht-Telegramme

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Pest, 16. Jan. Heute Nachmittag fand ohne jede Störung die Beerdigung beider Opfer des vorgestrigen Crawalls statt. Die Leichensection ergab den Tod durch Spitzkugeln aus weittragenden Gewehren. Der Antrag von 25 Stadträthen auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Municipiums gab der Oberbürgermeister nicht statt. Das Unterhaus wird den 22. ds. zur Sitzung einberufen.

Paris, 16. Jan. Eine ministerielle Erklärung besagt im Wesentlichen: Das Cabinet werde die kluge und gemessene Politik des vorhergehenden Cabinets fortsetzen und werde bei dem Senate die Zustimmung zu den von der Kammer bereits genehmigten Unterrichtsgesetzen beantragen und die Gesetze über die Presse und die Freiheit des Versammlungsrechtes vorlegen und die Ausführung des für die betreffenden Arbeiten aufgestellten Programms angelegen sein lassen.

London, 16. Januar. Eine Depesche des General Roberts meldet, daß er den Posten des Militärgouverneurs in Kabul abgeschafft habe und die Verwaltung Kabuls Wali Mahomed Khan übertragen.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Emil Hirschfeld's Reit-Institut, Tattersall u. Pensionsstallungen, 2 Struvestrasse 2. Elegant und comfortabel eingerichtete Reithahn, Garderoben u. Stallungen. Vorzüglicher Reitunterricht für Damen, Herren u. Kinder zu jeder Tageszeit. Ausleihen eleganter Reitpferde u. Fahrgeschirre zum Selbstkutschiren. Aufnahme von Pensionspferden. Grosse Auswahl von Reitpferden zum Verkauf.

Nr. 17. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Dunstiges, stellenw. aufheiterndes Frostw., vereinzelte Niederschl. **Dresden. Sonnabend, 17. Januar.**

Politisches.

Gambetta hat seinem Mißvergnügen über die geringe Stimmenzahl, die er bei seiner Wiederwahl als Präsident der Deputirtenkammer erhielt, einen bezeichnenden Ausdruck gegeben. Er ließ es lange Zeit im Ungewissen, ob er das Amt überhaupt annehmen würde, er schwieg sich, als er dann den Präsidentenstuhl bestieg, völlig aus und erst als die Wahlen der Vicepräsidenten, der Secretäre und der Quästoren beendet und somit das Kammerpräsidium vollzählig gebildet war, hielt er eine politisch farblose Rede. Darin dankte er, wie das jeder Präsident zu thun pflegt, für die ihm wiederfahrene Ehre und gelobte die gewissenhafte Erfüllung der ihm obliegenden Präsidialpflichten. Sein längeres Zaudern über die Annahme der Wahl war natürlich nur scheinbar. Gambetta verspürt gewiß keine Neigung, die glänzend ausgestattete Amtswohnung im Palais Bourbon zu verlassen und mit dem früheren behaglichen Junggesellenquartier zu vertauschen. Im Gegentheil, muß er einmal die goldprunkenden, mit Kunstschätzen aller Art geschmückten Gemächer, die er jetzt inne hat, vertauschen, so hofft er als Präsident der Republik den Palast in den Elysäischen Feldern zu beziehen, den Grévy derzeit bewohnt. Bei der Zusammensetzung des Präsidiums berücksichtigte die Deputirtenkammer die Stärkenverhältnisse der verschiedenen Parteien So erhielten die Monarchisten eine Vicepräsidentenstelle, die äußerste Linke, gegen 50 Mann stark, wurde mit der Berufung Madier Montjons auf einen der Quästorenposten abgefunden. Er rückte auf einen Platz, den bisher das linke Centrum inne hatte, dem das abgetretene Ministerium Waddington angehörte. Gambetta hat möglicherweise die Wahl eines Radikalen begünstigt, um die Rothen für seine Person zu engagiren, da seine Popularität bei den Massen bedenklich zu schwinden beginnt.

Uebereinstimmend ist die Presse Ungarns in der Verurtheilung der sich allabendlich wiederholenden Straßenkrawalle vor dem Adels-Casino in Pest Es unterliegt keinem Zweifel, daß der an sich begründete Unwille der Bevölkerung über die Vorgänge im Adels-Casino von Elementen ausgebeutet wird, die im Dienste der europäischen Revolution arbeiten. Die Krawalle werden systematisch arrangirt. Die Tumultuanten waren mit Revolvern bewaffnet, die ein Agent der Umsturzpartei in Wien aufgekauft hatte. Derselbe hatte bei 10 verschiedenen Waffenhändlern je 10 Revolver gekauft, ein einziger Ankauf von 100 Stück wäre verdächtig gewesen. Natürlich sind bei dem ersten Gebrauche dieser Waffen zwei Unschuldige zum Opfer gefallen. Diese Krawalle sind bis jetzt für eine wirkliche Auflehnung gegen das Gesetz zu harmlos, für eine bloße Demonstration zu ernst. Um dem über die Corruption in dem ungarischen Magnatenthume empörten Volksbewußtsein eine Genugthuung zu bieten, ist es das denkbar schlechteste Mittel, sich an nächtlichen Straßenkrawallen zu betheiligen. Die Polizei und das Militär werden beschuldigt, mit unnöthiger Strenge eingeschritten zu sein. Ein solcher Vorwurf läßt sich leicht erheben. Wenn ein wüthender, aufgehetzter Pöbel die zur Wiederherstellung der Ruhe ausrückende Polizei und das Militär nicht blos mit Injurien, sondern mit Steinwürfen, Hieben und Revolverschüssen empfängt, so heißt es Engelsgeduld voraussetzen, alle Unbilden ruhig einzustecken. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß die Krawalle nach einiger Zeit mit mehr oder weniger Strenge zu unterdrücken sein werden; was aber dann? Alle Beobachter der Entwickelung Ungarns bestätigen, daß der maßgebende Adel der Magyaren bis auf die Wurzel sozial zerrüttet ist; er ist zum überwiegenden Theile verarmt, bankerott und verwildert.

Mit dieser Thatsache aber ist ausgesprochen, daß die Grundlagen des jetzigen Regierungssystems in Ungarn selbst erschüttert sind und daß ihnen der Zusammenbruch droht. Die Corruption ist nicht erst unter Tißza groß geworden; schon als Andrassy, bevor er als Reichskanzler nach Wien ging, das Ministerpräsidium in Pest führte, wurden hervorragende Parteimitglieder ganz offen mit Eisenbahnconcessionen und fetten Verwaltungsposten belohnt; unter seinem Nachfolger Lonyay erlebte man Eisenbahnskandale, gegen die der jetzige Krach in der Volksbodenkreditanstalt verschwindet. Wohl aber trifft das jetzige Ministerium Tißza der schwere Vorwurf, daß es trotz aller Enthüllungen weder die Verwaltung noch die Regierungspartei von den unsauberen Elementen zu reinigen, sondern sehr oft die Gebrandmarkten in geradezu auffallender Weise zu halten suchte. Eine spezifische Eigenheit der Magyaren ist ferner die grassirende Duellwuth. Man hat ihnen in den Kopf gesetzt, daß sie eine ganz besonders „ritterliche" Nation seien. Duelle sind in Ungarn etwas alltägliches; keine Woche vergeht, daß nicht die Zeitungen melden, daß dieser oder jener Ehrenhandel auf „ritterliche Weise" ausgetragen sei. Niemand wagt die Herausforderung zum Zweikampf abzulehnen. Die „Ritterlichkeit" zeigt sich allerdings in seltsamer Weise. Wenn ein Viertelsmagnat seine Gläubiger prellt, so ist das nicht „unritterlich"; wenn ein Abgeordneter, dessen Diäten im Voraus auf Monate mit Beschlag belegt sind, sich in den höchsten Kreisen bewegt und die frivolsten Schulden macht, so nimmt Niemand daran Anstoß — wehe ihm aber, wenn er einen Zweikampf ablehnen sollte, sei der Anlaß dazu auch noch so kindisch.

Die Berliner offiziösen Blätter machen für die neue Reichsgründung, genannt „Deutsche Seehandlung", in bekanntem Style Reklame Die „Nordd. Allg. Ztg." widmet den Samoainseln mehr Raum in ihren Spalten als dem 25 Mal größeren Königreiche Baiern. Klüger wird man aber nicht über den Thatbestand, auf den es bei diesem gefährlichen Unternehmen ankommt Der Prospekt des Gründerkonsortiums hütet sich wohl, über den Werth und die Rentabilität der Godeffroy'schen Plantagen u. s. w. bestimmte Zahlen anzugeben und begnügt sich, auf das beigedruckte Empfehlungsschreiben des Reichskanzlers Bezug zu nehmen. Uebrigens arbeitet man in Australien Hand in Hand mit Berlin. Der deutsche Ausstellungscommissar Reuleaux und der Vertreter des Königreichs Sachsen, Bahse, haben im Verein mit mehreren Marineoffizieren der Corvette „Albatroß" die deutschen Kaufleute in Sydney zu einer Versammlung zusammengetrommelt, worin sie eine Resolution beschlossen, dahin gehend: Deutschland solle die Tonga- und Samoainseln noch vor den Engländern annektiren. Das sind ja überaus erbauliche Nachrichten. Ist denn Herr Reuleaux als Agitator und Arrangeur von Kolonisationsdemonstrationen nach Sydney geschickt oder als Ausstellungskommissar für das deutsche Reich? Es wäre doch wohl am Platze, wenn die Auftraggeber des Herrn Reuleaux sich darüber aussprechen wollten, ob sie sein Vorgehen sowie dasjenige der betr. deutschen Seeoffiziere billigen oder nicht. Sonst pflegt man doch im Reichsdienste sehr darauf zu halten, daß die Beamten sich streng in den Grenzen ihrer Instruktionen halten.

In Berlin hatte die Börse allerhand Gerüchte von einem neuen Attentate auf den Zaren ausgesprengt. Näheres wußte freilich Niemand anzugeben, Dynamit aber mußte dabei sein, um den Eindruck des Gruseligen zu erhöhen. Hüte man sich, solchen Alarmnachrichten Glauben beizumessen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 16. Januar. Das Abgeordnetenhaus verwies den Gesetzentwurf über Verwerthung der Forstnutzungen aus den vormals kurhessischen Staatswäldern an die um 7 Mitglieder zu verstärkende Natarkommission, den Nachtragsetat betreffs Erbauung eines Schiffahrtskanals nach Zeddenick und betreffs der Mainregulirung an die Budgetkommission.

Locales und Sächsisches.

— Der am hiesigen **königlichen Hofe** erwartete **Besuch** der Großherzogl. Toskana'schen Herrschaften auf die Dauer der Faschingszeit ist bis auf Weiteres verschoben resp. abgesagt worden; dagegen werden heute Nachmittag II. KK. HH. der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen-Weimar eintreffen und im königl. Residenzschloß Quartier nehmen. Der Aufenthalt derselben wird sich, wie verlautet, auf die Dauer der Hofballsaison erstrecken.

— Nächsten Mittwoch, den 21. Januar c., findet von ½9 Uhr Abends an wiederholt in der 2. Etage des königl. Residenzschlosses kleiner, sog. **Kammerball** statt. Diesem werden sodann noch ein solcher und zwei größere Hofbälle folgen. Der letzte von diesen, welcher zwar etwas früher beginnt, dafür aber schon Nachts 12 Uhr wegen alsdann beginnender Fastenzeit beendet sein muß, wird Dienstag den 10. Februar c. abgehalten werden.

Der vorgestrige **Kammerball** am Königl. Hofe begann um 9 Uhr, um 11 Uhr wurde das Souper an kleinen Tischen eingenommen Dasselbe wurde für die allerhöchsten Herrschaften im Porzellanzimmer, für die übrige Gesellschaft im großen Ballsaal servirt. ½2 Uhr war der Ball zu Ende. J. M. die Königin trug eine Robe von hellblauem Atlas, Ueberwurf von weißem Damast mit eingestickten bunten Blumen, im Haar blaue Straußfedern und Brillanten. J. K. H. Prinzessin Georg trug graue Seidenrobe mit Spitzen und goldem Damast garnirt sowie ein Kollier von Brillanten.

— Nach dem in London erscheinenden „Standard" verbleibt der hiesige russische Gesandte Herr v. **Nelidow** vorläufig auf seinem Posten in Dresden, da „er ein wertvoller Agent für die Förderung panslavistischer Doktrinen ist, um den Panslavismus unter den Böhmen anzufachen, mit welchen er in diesem Augenblicke im engsten Verkehr steht."

— Die einzige Tochter des Herzogs Karl Theodor in Baiern, aus dessen erster Ehe mit der am 9. März 1867 verstorbenen Prinzessin **Sophie** von Sachsen, Tochter des verstorbenen Königs Johann, die Nichte des jetzt regierenden Königs, Prinzessin Amalie Marie, geb. den 24. December 1865, ist sehr bedenklich erkrankt. Die junge Prinzessin soll von dem gleichen Brustleiden befallen sein, welchem ihre Mutter, wegen ihrer seltenen Liebenswürdigkeit allgemein beklagt, nach kaum zweijähriger Ehe im Alter von 24 Jahren erlag.

— **Landtag.** Die Leipziger Kirchenvorstände hatten um Abänderung des **Einkommensteuergesetzes** dahin gehend gebeten, daß den Kirchen, die nicht im Stande sind, aus den Erträgnissen der betr. Kirchenvermögen die gesetzlichen Ausgaben zu decken, eine gleiche Vergünstigung zu Theil werde, wie die Universität und die Landesschulen zu Grimma und Meißen solche schon genießen. Die 2. Kammer hatte dieselbe auf sich beruhen lassen. Die 1. **Kammer** beschloß dagegen gestern, die Petition an die Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen. Dr. **André** sprach für Befreiung von Stiftungen, als Stipendien-Stiftungen ꝛc., von der Einkommensteuer. Jetzt würde die Wohlthätigkeit besteuert. Sup. Dr. **Lechler** wies nach, daß die Erträgnisse des Vermögens der Leipziger Kirchengemeinden doppelt besteuert würden, einmal als Einkommen der Kirchengemeinde und zum Anderen als Einkommen der Geistlichen und Kirchendiener, die aus diesen Erträgnissen erzeugt werden. v. **Erdmannsdorf** wünschte, daß nicht schon auf dem nächsten Landtage an eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes herangetreten werde, da sich mit der Zeit noch manche Uebelstände herausstellen würden, die dann gleich mit zu beseitigen seien. Dann wurde das ganze **außerordentliche Budget**, welches diesmal bekanntlich wenig umfangreich ist, genehmigt. — In der **Zweiten Kammer** kam der Antrag des Abgeordneten Dr. **Heine** auf Wiedereinführung der **Silberwährung** zur Berathung. Die Referenten Richter-Thamandt und Georgi empfehlen, den Antrag auf sich beruhen zu lassen. Prof. **Richter** erklärte, Dr. Heine hätte besser gethan, Beseitigung des Artikels 9 des Münzgesetzes zu beantragen, welcher bestimmt, daß Niemand verpflichtet ist, Reichssilbermünzen im Betrage von mehr als 20 Mark anzunehmen. Bis zum December v. J. waren 1718 Millionen Reichsgold- und 422 Millionen Reichssilbergeld im Verkehr. Eingezogen wurden seit Einführung des Münzgesetzes 1056½ Millionen Silber- und 91 Millionen Goldmünzen. Gegenwärtig sind danach 900 Millionen mehr Münzen im Umlaufe, als vor der neuen Währung. Für die jetzige Bevölkerungsziffer Deutschlands (circa 46 Millionen) ist die gesetzliche Bestimmung, wonach 10 Mark Scheidemünze auf den Kopf kommen sollen, nicht ganz erfüllt; es fehlen dazu etwa noch 40 Millionen Mark. Nach Prof. Richter's Ansicht sind übrigens 10 Mark Scheidemünze pro Kopf zu wenig. Zur Zeit sind noch für 351 Millionen Mark Thaler im Umlauf, d. i. ⅔ der überhaupt in Deutschland in Circulation gewesenen Thaler. Redner wünscht, daß auch ferner die Thaler als Zahlungsmittel gelten möchten; er wünschte aber nicht, daß wir alle 10 Jahre ein neues Münzsystem erhalten. Endlich sprach er die Hoffnung aus, daß der jetzt beginnende Aufschwung in wirthschaftlicher Beziehung andauern werde; man solle denselben nicht durch Münzwirren stören. Abg. **Georgi** hält die Goldwährung für eine Nothwendigkeit für Deutschland. Wenn die Leitung der Reichsbank sich getraue, ohne eine weitere Einziehung von Thalern auszukommen, sei er wohl damit einverstanden. Abg. Heine gehe von zwei irrigen Anschauungen aus: er glaube, daß durch die Monetisirung des Silbers der Preis des letzteren außerordentlich gefallen und der Preis des Goldes dagegen in Deutschland unverhältnißmäßig gestiegen sei. Die Geldausfuhr sei ein wirthschaftliches Correctiv; dieselbe sei nur möglich, wenn wir Goldwährung haben, da Gold überall genommen werde. Abg. Dr. **Heine** meinte, die Referenten hätten seinen Antrag sehr gründlich behandelt, auf den Kern desselben seien sie nicht eingegangen. Durch das Münzgesetz seien ewige Grundgesetze des Rechtes verletzt worden, da die, welche Schulden in Silberwährung contrahirt, gezwungen würden, dieselben in dem theueren Golde zu zahlen. Man sage, es gebe genug Geld im Verkehr; aber es komme nicht darauf, sondern auf den Werthmesser an. Das Silber sei demonetisirt, also für den Besitzer werthloser gemacht worden; wenn er nun in Gold zahlen müsse, so sei dies dasselbe, als wenn man Einem ein Kalb giebt und er einen Ochsen wiedergeben muß. Die Goldwährung sei ein Unglück, was schon eine Anzahl großer Nationalökonomen, die Redner citirte, vorausgesagt hätten. Abg. Dr. **Krause** erklärte, der Antrag Heine sei geeignet, unsere wirthschaftlichen Verhältnisse auf das Tiefste zu erschüttern, derselbe sei ein Angriff auf die Grundlage des öffentlichen Rechtes. Es sei nicht wahr, daß dem Schuldner die Schuld vertheuert worden; das Verhältniß des Angebots zur Nachfrage sei durch die Umlaufsmittel nicht verändert worden. Die jetzige Agitation für die Silberwährung gehe von einem kleinen Kreise mit mächtigen Mitteln aus. Das Haus Rothschild habe seit 30 Jahren den Silberhandel in Deutschland in Händen und daran 96 Millionen verdient. Der Verlust, den Deutschland durch den Währungswechsel erlitten, sei ein geringer — 18 Millionen. Wenn irgend eine Neuerung Deutschland zur Ehre gereiche, sei es der Uebergang zur Goldwährung. Abg. **Grahl** entgegnete, der Verlust Deutschlands bei den Silberverkäufen habe 96 Millionen betragen. Dann wendete er sich gegen den Antrag Heine. Wenn wir auf die Silberwährung zurückgingen, würden wir wieder 96 Millionen verlieren. Wir glichen dem Manne, der sich ein schönes Haus gebaut hat und da er berechnet, daß ihm seine Wohnung darin zu theuer zu stehen kommt, das Haus wieder abbricht, um sich ein billigeres zu bauen. Abg. **Liebknecht** erklärte zwar, der Antrag Heine schieße neben der Scheibe vorbei, pries aber den Antragsteller, der in den Motiven den Muth gehabt habe, gegen die Schäden der heutigen Gesellschaft aufzutreten. Die Agrarier hätten von den Socialdemokraten gelernt. Nicht blos vom „Gesindel" gingen solche Anträge aus; jetzt [illegible] sie selbst ein Mitglied dieser respektablen Gesellschaft [illegible] durchschweifte nun die weiten Ebenen des sozialdemokratischen Gebietes. Offenbar war dieser Theil seiner Rede mehr an die auf der Tribüne versammelten zahlreichen Parteigenossen gerichtet, als an die Kammer. Er schloß, es sei das Verdienst der sozialdemokratischen Partei, die Schäden zuerst aufgedeckt zu haben. Dr. **Heine** sagte in der Vertheidigung seines Antrages u. A., daß die Börsengeschäfte für die Volkswirthschaft gar keine Bedeutung hätten. Die Ideen von Arbitragen seien Scafuswirthe. Wo Interessen im Spiel, kämpften selbst Götter vergebens. Dr. **Krause** blieb, an der Hand statistischer Nachweise, dabei, daß der Münzverlust nur 18 Millionen betragen habe. Nachdem sich noch Abg. **Walter** gegen den Heine'schen Antrag gewendet, wurde dieser gegen 18 St. abgelehnt.

In der vorgestrigen **geheimen Sitzung der Stadtverordneten**, die sich der öffentlichen anschloß, soll die Gründung des **Konsumvereins** unter den **städtischen Beamten** zu lebhaften Widersprüchen seitens der Gewerbtreibenden Anlaß gegeben haben. Man würdigt es vollkommen, daß der hochverdiente Herr Oberbürgermeister Dr. **Stübel** sich die Beförderung des Wohles der städtischen Beamten am Herzen liegen läßt. Gerade nach der endlich erfolgten Regulirung der Pensionsverhältnisse dieser Beamten ist das Vorgehen ihres Chefs bei ihnen recht mit Genugthuung aufgenommen worden; in der Bürgerschaft hingegen wächst die Unpopularität der Maßregel. Wenn ein Rathsregistrator die Sache in die Hand genommen hätte, so ließe sich darüber reden; aber die Bürgerschaft glaubt, daß das Stadtoberhaupt die Empfindungen, die ein solcher Schritt von ihm bei ihr erregen muß, nicht erschöpfend gewürdigt hat. Wenn, wie es heißt, selbst besoldete Rathsmitglieder bei Michel Schmidt am Neumarkt die Lebensmittel billiger einkaufen, so ist ein Gefühl des Unmuths nicht von der Hand zu weisen.

— Wie die „Leipz. Volksztg." meldet, wird vom 1. Februar an die **Abendausgabe** des „**Leipziger Tageblattes**" wieder eintreten müssen. Die Einrichtung hat sich, da dem Tageblatt 2000 Abonnenten verloren gingen, so schlecht bewährt, daß man sich natürlich mit „herzlichem Bedauern" genöthigt sehen wird, die Abendstühlchörner wieder einzuziehen. Undank ist bekanntlich der Welt Lohn. Herr Polz hatte sich opfermuthig entschlossen, ein von der Einwohnerschaft der reichstreuesten aller Städte empfundenes Bedürfniß nach einem von Herrn Hüttner und Consorten servirten „geistigen" Abendimbiß zu befriedigen, und diese undankbare Einwohnerschaft lohnt ihm seine menschenfreundliche Gesinnung damit, daß sie ihm zumuthet, von dem sauer verdienten Reinertrag des Tageblattes von etwa 150,000 Mark mehrere Tausend Mark einzubüßen. Daß das natürlich zu weit geht, und daß unter solchen Umständen selbstredend auch jede Rücksicht auf ein „allgemeines Bedürfniß" aufhören muß, das sieht jedes Kind ein. Wir wünschen von Herzen, daß vom 1. Februar an, von welchem Zeitpunkt ab das Tageblatt wieder nur in der einen Ausgabe mit den Inseraten erscheinen wird, sich auch die Einnahmen seines Eigenthümers wieder auf die „normale" Höhe emporarbeiten werden.

— Der Leichnam des w. Geh. Rath Prof. Dr. von Wächter in **Leipzig** — dessen Hinscheiden in unserer gestrigen Nummer Erwähnung fand — wird in **Möckritz** bei Wurzen beerdigt. Heute Vormittag 11 Uhr erfolgt die Ueberführung der Leiche von der Wohnung, Göthestraße 6, nach dem Dresdner Bahnhofe. Das Ehrengeleite wird ein sehr bedeutendes sein.

— In das niedliche Feuerloch seiner Lokomotive schob der Heizer vor wenig Jahren noch einen umfang- und gehaltreichen **Reisigbüschel**, wenn es galt, die „kaltstehende" Maschine in Dampf zu bringen. Damals hatten die sächsischen Staatseisenbahnen einen Jahresbedarf von 400,000 solcher Reisigbüschel zur großen Freude Derer, die ihr Reisig in so würdiger Weise verwendet sahen. Da kam aber plötzlich der Krach in die Büschel. Man fand, daß sich zum Anfeuern der Lokomotiven mit großem Vortheile die „Bretersägmänge" verwenden lassen, die in den Schneidemühlen in großer Menge erzeugt werden, und in kürzester Zeit waren die Reisigbüschel ein überwundener Standpunkt. Gegenwärtig schreibt die Verwaltung unserer Staatseisenbahnen als Jahresbedarf die Lieferung von 2500 Kubikmetern Bretersägmänge aus, die kaum die Hälfte von Dem kosten, was man für die